

Programm für die ÖH-Wahl 2021



Inhaltsverzeichnis

BILDUNGSPOLITIK	3
Bologna-Prozess	3
Bologna-Neu	4
Studiengebühren	5
Ein fairer Beitrag	5
Infrastruktur und Lehre	6
Verbesserung der Infrastruktur und Lehre	6
Ein klares Nein zum Genderwahn	7
Universitäten und Fachhochschulen	8
Keine Gleichschaltung.....	8
LEBEN ALS STUDENTEN	8
Beihilfen und Stipendien	9
Faire Beihilfen und Stipendien.....	9
Soziale Absicherungen?	9
Soziale Sicherheit für Studenten	10
Leben am Hochschulort	10
Verbundenheit am Hochschulort	10
DIE ÖSTERREICHISCHE HOCHSCHÜLERSCHAFT	11
Die linksextremistische ÖH	11
Ein Ende des Linksextremismus an den Hochschulen	12
Die Intransparenz der ÖH	12
Eine transparente ÖH.....	13
Ein Ende der ÖH?	13
Neustart der ÖH.....	14
Corona an den Hochschulen	15
Unsere Haltung zur Corona-Politik.....	15

Bildungspolitik

Gemäß des Humboldtschen-Bildungsprinzips darf sich Bildung nicht bloß auf den Erwerb von Fachwissen beschränken. Der Besuch einer Universität soll vielmehr der Befähigung des selbstständigen, ganzheitlichen und kritischen Denkens und Handelns dienen. Der RFS steht der zunehmenden Verschulung durch den Bologna-Prozess und der eingeführten Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP) kritisch gegenüber. Die eingeleiteten Prozesse sind mittlerweile unumkehrbar. Dies führt dazu, dass diese in neue Richtungen gelenkt werden müssen, um die Zukunft der österreichischen Universitäten sinnvoll zu gestalten.

Den Universitäten müssen mehr Freiheiten zugestanden werden, um ihre Studieninhalte sinnvoll zu vermitteln und um den Studenten die Freiheit zu geben ihre Selbstständigkeit und soziale und gesellschaftliche Kompetenz zu fördern.

Universitäten waren und sind Orte des modernen Denkens, dementsprechend sollte die Ausstattung und Infrastruktur auch diese Modernität widerspiegeln.

Es ist maßgeblich dem RFS zu verdanken, dass die Universitätsfinanzierung im Regierungsprogramm 2017 bis 2022 um 10% erhöht wurde. Wie der RFS die Bildungspolitik weiter verändern will, wird im Folgenden erklärt.

Bologna-Prozess

Der Bologna Prozess treibt die Verschulung des Lehrplans immer weiter voran. Die Pflichtenwesenheit trübt den Grundsatz der österreichischen Universitäten: Die Wissenschaft und die Lehre sind frei!

Durch die Bologna-Reform wurde zwar die Mobilität der europäischen Studenten erhöht, bei allen anderen Zielen jedoch das Gegenteil erreicht. Österreichische Studenten fühlen sich durch die Bürokratie, welche für einen Studienortswechsel benötigt wird, überfordert. Bei Anrechnungen von Prüfungen und Übungen von anderen Universitäten kommt es häufig zu Problemen. Die Qualität jeder einzelnen Hochschule muss gewahrt bleiben. Den Universitäten soll es frei stehen Prüfungen anzurechnen oder die Studenten zu verpflichten die Prüfungen am neuen Hochschulort zu wiederholen. Die Anrechnung von

im Vorhinein besprochenen Prüfungen muss jedoch gewahrt bleiben. Zurzeit gibt es keinen Rechtsweg, der Studenten schützt, falls Prüfungen, welchen die Anrechnung garantiert wurde, nicht übernommen werden.

Die Absurdität von Bologna zeigt sich z.B. im Fall der Pflichtpraktika. Während alle Studiengänge möglichst vereinheitlicht werden, gibt es für Praktika geographische Unterschiede. Diese sind vollkommen unverständlich, da sie einen Studienwechsel erschweren, oder das Studium unnötig verlängern, wenn Praktika aufgrund unterschiedlicher Regelungen erneut absolviert werden müssen.

Sozial-, geistes-, naturwissenschaftliche und technische Studienrichtungen wurde ein gleiches, enges Korsett umgeschnallt, welches die Besonderheiten der einzelnen Studien in keiner Weise berücksichtigt.

Dies führt dazu, dass sich die Lehre von der Forschung entkoppelt: Bologna muss grundlegend reformiert werden.

Bologna-Neu

- Einführung einer flächendeckenden Evaluierung des Bologna-Prozesses und dementsprechende Anpassung der Studienpläne
- eine Verringerung von Pflichtanwesenheit und eine stärkere Orientierung der Curricula an den eigentlichen Bildungszielen
- größere Anteile an Wahlfächern, um Studenten die Möglichkeit zu geben ihre eigenen Interessen zu verfolgen
- Einführung eines Rechtsweges für die Anrechnungen von Prüfungen
- Einheitliche Regelungen für Pflichtpraktika
- eine Vereinfachung des Studienplatzwechsels und Abbau von innerösterreichischen Barrieren für den Studienwechsel, da dies oft mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden ist
- Wiedereinführung des Mag./Dipl.-Ing./Dr. Abschlusses

Studiengebühren

Wer eine Leistung bekommt, muss auch eine Leistung dafür geben. Wer also nach Abschluss seines Studiums mehr verdient, muss dies auch ausgleichen.

Wer seinen Beitrag in Form von abgelegten Prüfungen leistet, ist für die Dauer der Mindeststudienzeit inklusive Toleranzsemester von Gebühren befreit.

Falls aufgrund der hohen Studentenzahlen nicht alle Vorlesungen und Übungen im Regelsemester besucht werden, muss sich dies auf die Anzahl der Toleranzsemester auswirken.

Studenten aus Dritt- und EU-Staaten leisten von vornherein und im Nachhinein keinen Beitrag und müssen dies daher finanziell ausgleichen. Klar ist, dieser Ausgleich darf nur den Studenten zugutekommen, das Budget der Universitäten muss also um den Beitrag der Studenten erhöht werden. Eine Verringerung des Budgets der Hochschulen in exakter Höhe der Studiengebühren ist strikt abzulehnen.

Studiengebühren können, wenn richtig eingesetzt, die Qualität des Studiums entscheidend verbessern.

Ein fairer Beitrag

-Zweckwidmung der Studiengebühren

-Bei Prüfungsaktivität: Befreiung der österreichischen Studenten von jeglichen Gebühren, wenn sie innerhalb der Toleranzsemester sind

-faire Berücksichtigung der Studienbeiträge für Studenten, deren Studienzeit sich durch lange Wartezeiten auf einen Lehrveranstaltungsplatz verzögert hat

-Studiengebühren für Studenten aus Dritt- und EU-Staaten

Infrastruktur und Lehre

Österreichische Hochschulen können auf eine lange, erfolgreiche Geschichte zurückblicken. Um in eine glanzvolle Zukunft schauen zu können, müssen sich die Universitäten den wachsenden Zahlen an Studenten und neuen Lernmöglichkeiten anpassen.

Hörerzahlen wachsen stetig und doch werden nur selten Anpassungen getroffen. Überfüllte Hörsäle und zu kurze Öffnungszeiten von Bibliotheken und Sekretariaten gehören an vielen Universitäten zur Tagesordnung. Mensen sind nicht für derart viele Studenten ausgestattet - oft sind diese überfüllt oder bieten keine gesunde und abwechslungsreiche Kost an. Darunter leidet die Zeit der Studenten und deren Gesundheit.

Viele Skripten und Prüfungsunterlagen müssen immer noch für Geld gekauft werden. In Zeiten der Digitalisierung wäre es viel leichter diese Unterlagen online zur Verfügung zu stellen. Dies spart Ressourcen und Geld. Auch der Zugang zu Vorlesungen kann durch die Digitalisierung erheblich erleichtert werden. Zum Beispiel haben berufstätige Studenten bei gestreamten Vorlesungen die Möglichkeit diese später nachzuholen. Reine Onlinestudien, bei denen gänzlich auf Anwesenheit verzichtet wird, sind jedoch strikt abzulehnen.

Verbesserung der Infrastruktur und Lehre

- Ausbau der Universitätsstruktur, Schaffung von mehr Hörsälen und der dazugehörigen Infrastruktur
- Verbesserung der Mensen GmbH durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
- Ausweitung der Bibliotheksöffnungszeiten, vor allem während Hauptprüfungszeiten
- Ausweitung der Sekretariatsöffnungszeiten auf den Nachmittag
- Möglichkeit zum Download von Skripten, Prüfungsunterlagen und studienrelevanten Unterlagen
- Online-Vorlesungsaufzeichnungen einführen oder ausbauen

Gender Studies

Für den Ring Freiheitlicher Studenten steht es außer Frage, dass Mann und Frau gleichwertig sind und daher auch dieselben Rechte und Pflichten haben.

Folglich steht für uns fest, dass auch im akademischen Bereich Frauen einen wesentlichen Beitrag leisten. Diese Ansicht ist für uns unumstößlich. Es ist daher eine Frage der Vorgehensweise, wie die letzten Reste von Ungleichbehandlung entfernt werden können.

Genau hier widersprechen wir in einigen Punkten den politischen Mitbewerbern. Für die freiheitliche Bewegung ist es eine Tatsache, dass Geschlecht („sex“) angeboren ist. Wir stellen uns somit gegen die Theorie des sozial anerzogenen oder „konstruierten“ Geschlechts („gender“). Gemäß dieser Überzeugung lehnen wir jeden Versuch ab, „Gendermainstreaming“ als Faktum in der Gesellschaft und damit auch an Universitäten zu etablieren. Das vorgegebene Ziel des „Gendermainstreaming“, nämlich die Gleichstellung der Geschlechter und die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit durch Aberkennen des angeborenen Geschlechtes wird unserer Meinung nach dadurch nicht erreicht. Ebenso wird Gerechtigkeit nicht durch gegenderte Schriften erreicht

Der Effekt eines gegenderten Textes ist unserer Meinung nach lediglich eine Verzerrung der Sprache sowie ein unnötiger Mehraufwand. Eine Verpflichtung zur gendergerechten Sprache bei Arbeiten, wie es bei manchen Seminaren und Kursen derzeit gefordert wird, lehnen wir ab, da Frauen durch solche Maßnahmen nicht bessergestellt werden.

Ein klares Nein zum Genderwahn

- keinen Zwang zum Gendern von Arbeiten
- keinen Einfluss der „Genderneutralen Sprache“ auf die Benotung einer Arbeit

Universitäten und Fachhochschulen

In den letzten Jahren verschwimmen die Grenzen zwischen Universitäten und Fachhochschulen zunehmend. Universitäten verschulen immer mehr, während sich Fachhochschulen häufig auf die Forschung stürzen, welche eigentlich den Universitäten vorbehalten ist.

Unterschiedliche Systeme stärken unser Hochschulsystem, ein einziges wird jedoch zum Niedergang führen. Die Stärke der FH ist ihre Praxisnähe und die Stärke der Universitäten die Grundlagenforschung. Eine Vereinheitlichung der Systeme würde zum Verlust der Vorteile der einzelnen Systeme führen. Die Trennlinie zwischen den beiden Konzepten muss daher wieder klar erkennbar werden.

Keine Gleichschaltung

-Klare Grenze und Verteilung der Kompetenzen zwischen FH's und Universitäten -Kein Promotionsrecht für Fachhochschulen

Leben als Studenten

Im Durchschnitt benötigt der Studenten in Österreich zwischen 600 und 1.000 Euro monatlich (laut der Studierenden-Sozialerhebung 2015), um seine gesamten Ausgaben decken zu können. Dies beinhaltet die Kosten für Wohnen, Lehrmaterial, Verpflegung und Studentenleben. Fast 80% der Studenten arbeiten neben dem Studium, trotzdem geben nur 40% der Studenten an, mit ihrem Geld auszukommen.

Das Subsidiaritätsprinzip - staatliche Beihilfen werden erst ausbezahlt, wenn sich Studenten ihren Lebensunterhalt nicht mehr selbst finanzieren können - muss sich für Studenten ändern, damit sie sich nicht ständig in finanziellen Schwierigkeiten befinden.

Beihilfen und Stipendien

Als Student wird man hauptsächlich durch seine Eltern und Beihilfen unterstützt. Die Familienbeihilfe wird nur bis zum 24. bzw. zum 25. Lebensjahr ausbezahlt. Der durchschnittliche Student ist mit Abschluss seines Masters jedoch fast 27 Jahre alt. Es benötigt dringend eine faire und an die Studienbedingungen angepasste Stipendien und Beihilfenpolitik, genauso wie Toleranzsemester an die durchschnittliche Studiendauer angepasst werden müssen.

Faire Beihilfen und Stipendien

- massive Ausweitung staatlicher Förderungen und den Abbau zahlreicher Hürden im Beihilfensystem
- Auszahlung der Familienbeihilfe für Studenten bis zum 27. Lebensjahr

Soziale Absicherungen?

Akademiker bekommen immer weniger Kinder. Studenten mit Kindern bekommen weder Betreuungsplätze noch Hilfestellungen der Universitäten für ihre Kinder und das obwohl sie der besonderen Hilfe des Staates bedürfen. In der Bundesrepublik Deutschland sind viele Universitäten mit einem Universitätskindergarten ausgestattet. Dies könnte man auch in Österreich einführen. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft und ein Studienabschluss mit Kind muss ohne finanzielle Schwierigkeiten möglich sein. Betreuungsverhältnisse für Kinder aber auch Tätigkeit im Spitzen- und Leistungssport dürfen zu keinen Einschränkungen im Studium führen.

Auch der tägliche Weg zur Universität ist für viele Kommilitonen eine erhebliche finanzielle Belastung. Teilweise gibt es zwar Vergünstigungen für einzelne Städte und Linien, doch viele Studenten müssen bundesländer- und verkehrslinienübergreifend zu ihrer Bildungsstätte fahren.

Studenten müssen ähnlich wie Pensionisten oder Berufstätige bei der An- und Abreise zu ihren Ausbildungsstätten unterstützt werden.

Soziale Sicherheit für Studenten

- Absicherungen durch bessere Fördermechanismen und Universitätskindergärten für Studenten mit Kind.
- Berücksichtigung von besonderen Lebensumständen z.B. Betreuungspflichten, Leistungssport, usw.
- Einführung eines österreichweiten, kostengünstigen Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel. Dies soll jedoch nur bei geleistetem Studienerfolg möglich sein.

Leben am Hochschulort

Neben der Wissensvermittlung durch die Universitäten trägt auch der Austausch mit anderen Studenten zur Entwicklung des Studenten bei. Studentische Vereine bereichern das Campusleben genauso wie USI-Kurse und fördern soziale Kompetenzen und die Eigenständigkeit der Studenten. An den österreichischen Hochschulen gibt es viele studentische Gruppen, Gemeinschaften und Initiativen, die oftmals gleich alt wie die Universität selbst sind.

Gemeinschaften und Initiativen, welche von Studenten betrieben werden und den Zusammenhalt stärken, sollen durch die Universitäten, durch Bereitstellung der Infrastruktur, wie Hörsäle, Seminarräume und Sportplätzen, unterstützt werden.

Verbundenheit am Hochschulort

- Unterstützung der studentischen Vereine und Initiativen am Ort durch die Hochschule in finanzieller Form und durch die Bereitstellung von Infrastruktur. Mittels Ausarbeitung einer Richtlinie, welche sich an der Zahl der Studenten im Verein orientiert, soll die Finanzierung gewährleistet werden.
- Ausbau des Angebots der bestehenden USI-Kurse
- Breiteres Angebot für den Erwerb von Fremdsprachen

Die Österreichische Hochschülerschaft

Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) sollte die Interessenvertretung der Studenten, der jeweiligen Universität und im Falle der Bundesvertretung aller Studenten Österreichs sein.

Praktisch wird die ÖH seit Jahrzehnten von politisch linken Parteien instrumentalisiert, um allgemeinpolitische Fragestellungen in den Vordergrund zu rücken. Dies führt zu einem Rückgang der Auseinandersetzung mit den dringend notwendigen hochschulpolitischen Aufgaben.

Von Transparenz keine Spur, bei der ÖH handelt es sich sowohl finanziell als auch personell um eine sehr intransparente Organisation. Die ÖH wird nur wirtschaftlich, jedoch nicht politisch auf ihre Ausgaben geprüft. Im Folgenden wird erklärt, wie die Rückkehr zu einer transparenten, studentenbezogenen Politik mithilfe des Ring Freiheitlicher Studenten möglich ist und wie die akademische Symbolpolitik hinter sich gelassen werden kann, um sich einzig und allein der wahren Aufgabe der ÖH und somit den Interessen der Studenten zu verpflichten.

Die linksextremistische ÖH

Linksextremismus ist ein Problem, welches an jeder österreichischen Hochschule existiert, egal ob Innsbruck oder Wien. An allen Orten werden Demonstrationen gegen unliebsame Regierungen oder Politik organisiert. Andernfalls werden Veranstaltungen und Treffen arrangiert, bei welchen sich linksextreme Organisationen mit den linken ÖH Fraktionen austauschen und verbinden.

All dies findet auf dem finanziellen Rücken der Studenten statt, da die genannten Zusammenkünfte durch den ÖH Beitrag mitfinanziert werden.

Einige Mitglieder der linken ÖH Fraktionen zeigen eine höchst fragwürdige Haltung gegenüber der Demokratie in Österreich. Politisch motivierte Gewalt hat in den letzten Jahren stark zugenommen, wird aber oft von ÖH-Funktionären als Kavaliersdelikt abgetan.

Ein Queer-Referat, Referate für feministische Politik oder für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik, vertreten keine Interessen der Studenten. Somit wird unter dem Deckmantel der Hochschülerschaft eine linksextreme Maschinerie betrieben, welche durch das allgemeinpolitische Mandat der ÖH gerechtfertigt werden soll und mit Studentengeldern finanziert wird. Diese Verflechtung von Linksextremismus kann nur durch den RFS gestoppt werden, da er als einzige Hochschulpolitische Kraft offen dagegen auftritt.

Ein Ende des Linksextremismus an den Hochschulen

- Rückbesinnung der ÖH auf ihre eigentliche Aufgabe, die der Interessenvertretung aller Studenten durch Schließung aller nicht hochschulpolitisch relevanten Referate
- Ende des allgemeinpolitischen Mandats der ÖH
- Die der Hochschülerschaft zur Verfügung gestellten Mittel sollen ausschließlich für die Aufgaben der Beratung- und Interessenvertretung von Studenten verwendet werden
- Stopp der Finanzierung an Nicht-Studentenvereine
- Einführung einer unpolitischen, neutralen Servicepolitik

Die Intransparenz der ÖH

Bei der Österreichischen Hochschülerschaft handelt es sich um eine Körperschaft öffentlichen Rechts und sie ist somit an diverse rechtliche Regelungen gebunden. Trotzdem handelt es sich bei der ÖH um eine der intransparentesten Organisationen Österreichs. Die ÖH finanziert sich zu einem überwiegenden Teil aus Zwangsmittel und diese werden dazu verwendet linksextreme und sogar verfassungsbedenkliche Gruppierungen materiell und ideell zu unterstützen. Dieses Finanzgebaren wird oft verschleiert und bei Anfragen geben sich die Zuständigen meist wortkarg und unwillig Informationen offen zu legen. Posten werden nur an eigene Gesinnungsgenossen vergeben, welche linksextreme Gruppen mit studentischen Pflichtbeiträgen subventionieren und wiederum politisch Nahestehende mit Posten versorgen.

Denn auf der ÖH wird bei der Vergabe von Posten, Ämtern, Referatsmitarbeitern penibel darauf geachtet die Genossen abzusichern und mit den sensiblen studentischen Daten in

Berührung zu bringen. Von transparenten Auswahl- und Besetzungsprozessen fehlt jede Spur. Es ist Zeit, dass statt Fraktionszugehörigkeit und ideologischer Bevorzugung Fachkompetenz an erster Stelle steht.

Eine transparente ÖH

- Einführung eines Kontrollausschusses für Wirtschaftsprüfung in der ÖH - Jedes ÖH-Referat muss einen jährlichen Rechenschaftsbericht abgeben, welcher wirtschaftlich und politisch prüft, wie der Rechnungshof
- Die Aufwendungen für Projekte, wie z.B. den ÖH-Projekttopf oder den Spezialprojekttopf, müssen vollständig offengelegt werden
- Einzelne Ausgaben der unterschiedlichen ÖH-Gliederungen sind konkret zu benennen, insbesondere direkte und indirekte Zuwendungen an private Vereine und Gruppierungen - Budgetäre Anfragen von Oppositionsfraktionen sind vollumfänglich zu beantworten, solange keine datenschutz- oder persönlichkeitsrechtlichen Bedenken bestehen. Um derartige Bedenken geltend zu machen, hat die ÖH zwingend ein entsprechendes rechtsanwaltliches Gutachten vorzulegen
- Ausweitung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der ÖH, um eine Missachtung der Vorgaben zu verhindern
- Öffentliche Kandidatenhearings für jede mögliche Stellenbesetzung mit Fragerecht für die studentischen Oppositionsfraktionen
- Vetorecht für Angestelltenverhältnisse mit Personen, die unter dem konkreten Verdacht stehen, mit Organisationen außerhalb des Verfassungsrahmens zu kooperieren

Ein Ende der ÖH?

Leider wird die ÖH ihrer Rolle als Interessenvertretung nicht mehr gerecht. Die Wahlbeteiligung sank seit der ersten ÖH Wahl 1946 von 77% auf 24,48 % 2017. Dies ist ein deutlicher Hinweis, dass sich die Studenten nicht mehr vertreten fühlen.

Den Studenten muss es daher freigestellt sein Teil der ÖH zu sein oder auszutreten.

Gewerkschaftsbund und Industriellenvereinigung zeigen, dass auch ohne

Pflichtmitgliedschaft eine Interessensvertretung möglich ist.

Die ÖH-Zeitung „Progress“ wird an jeden Studenten verschickt ohne von einem Großteil der Studenten zur Hand genommen, geschweige denn gelesen, zu werden. Es wird Zeit die Zeitung und ÖH-

Informationsbroschüren zu digitalisieren. Im Jahresvoranschlag der ÖH, werden die Ausgaben für das Progress Magazin auf 110.000 Euro beziffert, wobei der Großteil auf den Druck und Versand entfällt. Eine digitale Form würde den ÖH-Mitgliedsbeitrag nicht mehr sinnlos vergeuden und außerdem der Umwelt zugutekommen.

Eine Interessensvertretung benötigt auch keine Projekttöpfe, wie den

Topf für feministische und queere Arbeiten, oder frauenspezifische Fördertöpfe. Das Geld, welches von allen Studenten der ÖH zur Verfügung gestellt wird, soll auch allen nützen.

Die akademische Symbolpolitik der ÖH muss beendet werden. Es wird Zeit, dass die ÖH durch Taten und Leistung überzeugt, dann wird ihr auch wieder ein höherer Stellenwert beigemessen werden.

Neustart der ÖH

-Ende der Pflichtmitgliedschaft in der ÖH

- Evaluierung der ÖH durch Studenten. Die Ergebnisse sollen öffentlich zugänglich sein und der ÖH als Rückmeldung dienen, um ihren Service zu verbessern

-Digitalisierung von Zeitschriften, Broschüren und Flyern der ÖH

-Neuzuweisung der Gelder für Projekttöpfe, nur sozial- und studienrelevante Töpfe sollen bestehen bleiben bzw. neue ermöglicht werden, wie ein Beitrag der ÖH für ein Studenten-Öffi-Ticket

-Rückbesinnung der ÖH auf ihre Kernkompetenzen: die Vertretung der Studenten

Corona an den Hochschulen

Unsere Haltung zur Corona-Politik

Durch die Dauer-Lockdown-Politik der schwarz-grünen Bundesregierung sind unsere Hochschulen seit über einem Jahr fast durchgehend geschlossen. Viele der jüngeren Studenten haben ihre Hochschule noch nie von innen gesehen und das klassische Studentenleben kennt man nur noch aus Erzählungen. Die völlig unverhältnismäßige Corona-Hysterie lähmt nicht nur den gesamten Wissenschaftsbereich, sondern vor allem auch das Leben jedes einzelnen Studenten. Dieser Zustand ist aber keineswegs eine unausweichliche Notwendigkeit, sondern viel mehr das Resultat absoluter Planlosigkeit von Schwarz-Grün. Für uns ist klar, dass sobald alle Risikogruppen die Möglichkeit auf eine Corona-Impfung erhalten haben, ein zügiger Prozess zurück zur Normalität eingeleitet werden muss. Bis dahin darf die akademische Ausbildung aber keinesfalls stillstehen. Praxisübungen, beispielsweise in Laboren, sind in vielen Studien ein essenzieller Faktor für den Fortschritt. Daher müssen unsere Hochschulen umgehend wieder öffnen und Möglichkeiten zur Absolvierung dieser schaffen. Dies kann bereits mit einfachsten Konzepten gelingen. Das Maskentragen und die Einhaltung eines Mindestabstandes reichen völlig aus, um Lehrveranstaltungen in einem kleineren Rahmen vor Ort zu ermöglichen. Wer dies nicht möchte, soll die Möglichkeit bekommen gratis einen Antigen-Schnelltest zu machen. Ist dieser negativ, soll die Hochschule auch ohne Maske und Mindestabstand betreten werden können. Wo wir uns klar dagegen aussprechen, sind alternativlose Corona-Zwangstests, die bereits jetzt an vielen Hochschulen für das Besuchen von Lehrveranstaltungen oder das Ablegen von Prüfungen verlangt werden. Auch die Entwicklungen rund um den Corona-Impfpass sind bedenklich und besorgniserregend zugleich. Es entsteht eine neue Zweiklassengesellschaft, die den Hochschulbereich mit voller Wucht trifft. So ist beispielsweise in einigen Ländern das Betreten der Hochschulen nur mehr nach erfolgter Impfung möglich. Medizinische Atteste oder eine Impfung dürfen aber keinesfalls zu Bedingungen werden, um studieren zu können!

- Sofortige Öffnung der Hochschulen und Rückkehr zum universitären Alltag
- Möglichkeit zum Tragen einer Masken als Alternative zum Testen
- Klares Nein zu einer direkten oder indirekten Impfpflicht